



## PROTOKOLL

### Ausschuss für Wissenschaft

8. Sitzung in Mainz, Deutschhaus, Platz der Mainzer Republik 1, Saal 1 und 2, am 7. Juni 2022

Öffentlich, 14.00 bis 15.19 Uhr

Tagesordnung	Ergebnis
1. Nachhilfekurse an Hochschulen Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD - <a href="#">Vorlage 18/1823</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Erledigt (S. 3 – 6#)
2. Sachstand zur Gründung der Deutschen Agentur für Forschung und Innovation (DATI) Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP - <a href="#">Vorlage 18/1918</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Erledigt (S. 7 – 10)
3. Internationale Vernetzung der Biotechnologie in Rheinland-Pfalz Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der SPD - <a href="#">Vorlage 18/1919</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Erledigt (S. 11 – 16)
4. Internationales Zentrum für Handschriftenforschung in Trier Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD - <a href="#">Vorlage 18/1941</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Erledigt (S. 17 – 18)
5. Neustrukturierung der Universitätsstandorte Kaiserslautern, Koblenz und Landau Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU - <a href="#">Vorlage 18/1942</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Erledigt (S. 19 – 22)
6. Hochschulzukunftsprogramm Rheinland-Pfalz Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU - <a href="#">Vorlage 18/1943</a> - <a href="#">[Link zum Vorgang]</a>	Erledigt (S. 23 – 25)

<b>Tagesordnung</b>	<b>Ergebnis</b>
7. Gebührenfreiheit des Zweitstudiums Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der FREIEN WÄHLER - <a href="#">Vorlage 18/1973</a> - [ <a href="#">Link zum Vorgang</a> ]	Erledigt (S. 26)
8. Verschiedenes	S. 27

**Vors. Abg. Marion Schneid** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

**Punkt 1** der Tagesordnung:

**Nachhilfekurse an Hochschulen**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der AfD

- [Vorlage 18/1823](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**Staatsminister Clemens Hoch** führt eingangs aus, der Antrag der Fraktion der AfD versuche, durch Überschrift und Inhalt etwas zu suggerieren, und er wolle sich an dieser Stelle ausdrücklich einer Bewertung zu der Frage enthalten, ob das, was in dem zitierten Bildungsportal „News4teachers“ zu lesen sei, tatsächlich immer den Tatsachen entspreche. Dies habe ihn in den letzten Monaten an vielen Stellen durchaus beschäftigt.

Es gebe ausdrücklich keine Nachhilfekurse an rheinland-pfälzischen Universitäten, die dazu dienen, die Durchfall- und Abbrecherquoten nicht ins Uferlose ansteigen zu lassen. Jedoch gebe es sogenannte Brückenkurse, die er für ein sinnvolles Instrumentarium halte und die dazu dienen, dass Studienanfängerinnen und Studienanfänger auf ein fachlich gleiches Niveau gebracht würden. Es gebe Menschen, die keinen Leistungskurs im Fach Mathematik in der Oberstufe gehabt hätten, sich aber trotzdem für ein ingenieurwissenschaftliches Studium entschieden hätten oder zum Beispiel Architektin oder Architekt werden wollten. Zum Glück gebe es an den rheinland-pfälzischen Hochschulen und Universitäten Kurse, die alle auf ein gleiches Niveau brächten und eine gute Orientierung, Beratung und Unterstützung in der Studieneingangsphase anböten.

Im Übrigen kämen auch nicht nur Studienanfängerinnen und Studienanfänger mit einer allgemeinen Hochschulreife an die Universitäten, sondern auch sehr viele, die als Berufstätige in den letzten Jahren sehr praxisorientiert gearbeitet hätten. Bei einer immer heterogener werdenden Studierendenschaft, die auch ausdrücklich gewollt sei und dass man mit einer Bildungsbiografie nicht nur einen fest gespurten Weg beschreiten könne, den man vor sich habe, sei es durchaus vernünftig, die Menschen berufsbegleitend auf Hochschulniveau weiterzuqualifizieren.

Da dieser Weg in Rheinland-Pfalz sehr konsequent verfolgt werde, gehöre das Bundesland seit Jahren zu den Spitzenreitern bei der Durchlässigkeit im Bildungssystem und habe prozentual gesehen den höchsten Anteil an Absolventinnen und Absolventen ohne die klassische Hochschulzugangsberechtigung an staatlichen Hochschulen. Das sei vor allem in Zeiten des Fachkräftemangels von entscheidender Bedeutung. Die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte solle in Rheinland-Pfalz langfristig gesichert werden, um sie an die Region zu binden.

Darüber hinaus solle allen Menschen die Möglichkeit gegeben werden, ihren persönlichen und individuellen Weg im Bildungs- und Qualifizierungssystem zu wählen, und ihnen dafür die Türen geöffnet werden.

Im Rahmen des Qualitätspakts Lehre seien vom Bund Mittel zur Verfügung gestellt worden, um die Studienbedingungen zu verbessern und die Qualität der Lehre zu erhöhen. Dieses Geld sei bei vier Hochschulen auch für sogenannte Brückenkurse verwendet worden. Diese seien auf unterschiedliche Weise in ein Gesamtkonzept zur Gestaltung der Studieneingangsphase eingebunden und bildeten an den Hochschulen auch einen zentralen Erfolgsindikator für ein erfolgreiches Studium. Der exakte zahlenmäßige Anteil sei nicht ermittelbar, da die Brückenkurse in größere Projektstrukturen eingebunden seien.

Zu der Frage, wie viele Studierende an den Kursen teilnahmen, könne er Bezug nehmen auf die Teilnehmenden an den Brückenkursen der Jahre 2012 bis 2018, die implementiert worden seien. Dies seien etwa im Jahr 2012 446 Teilnehmende gewesen, im Jahr 2014 948 Teilnehmende, im Jahr 2017 493 Teilnehmende und im Jahr 2018 687 Teilnehmende. Wie man erkennen könne, zeige die Volatilität, dass es ganz unterschiedliche Gründe und Zusammensetzungen der Studierendenschaft und der individuellen Bildungsbiografien gebe.

Die rheinland-pfälzischen Hochschulen hätten im Rahmen des Qualitätspakts Lehre von 2011 bis 2020 etwa 80 Millionen Euro Bundesmittel eingeworben. Im Hochschulpakt II von 2011 bis 2015 habe Rheinland-Pfalz insgesamt 309,9 Millionen Euro Bundesmittel erhalten, die anteilig in annähernd gleicher Höhe, nämlich mit 295,2 Millionen Euro, landesseitig kofinanziert worden seien.

Im darauffolgenden Hochschulpakt III von 2016 bis 2020 seien insgesamt Bundesmittel in Höhe von 357 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden. Auch hier habe das Land Mittel zur Kofinanzierung in Höhe von 348,2 Millionen Euro bereitgestellt. Aus diesem Gesamtpaket seien Programmmaßnahmen finanziert worden, die unter anderem auch die Brückenkurse enthielten, nämlich 38,5 Millionen Euro im Hochschulpakt II und 53,5 Millionen Euro im Hochschulpakt III, aber in einem sehr viel größeren Gesamtkontext und in einer größeren Projektstruktur. Der jeweilige Anteil der Bundes- und Landesmittel könne deshalb nicht genau beziffert werden.

Abschließend weise er darauf hin, er halte die Brückenkurse für ein sehr gutes und wichtiges Instrumentarium, mit dem Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und individueller Bildungsbiografie ein erfolgreiches Studium ermöglicht werde. Die Brückenkurse sollten den Übergang in ein Studium erleichtern und auf die Anforderungen eines Studiums vorbereiten. Wer zum Beispiel zuvor eine Berufsausbildung absolviert habe, der habe gelernt, mit seinem Wissen sehr viel praxisorientierter umzugehen. Dies auf den Universitätsalltag an den Hochschulen zu übertragen, lernten die Oberstufenschülerinnen und Oberstufenschüler viel unmittelbarer, wenn sie im Anschluss einen solchen Brückenkurs besuchten.

Die Öffnung der Hochschulen und die Durchlässigkeit des Bildungssystems auch über Lebensphasen hinweg verstehe die Landesregierung als einen elementaren Teil von Bildungsgerechtigkeit und zukunftsgerichteter Politik für alle Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz. An dieser Stelle sei allen Hochschulen des Landes für ihr Engagement in diesem Bereich ausdrücklich zu danken.

**Abg. Martin Louis Schmidt** legt dar, Staatsminister Hoch habe auf die große Heterogenität der Studierendenschaft hingewiesen und die unterschiedlichen Voraussetzungen derjenigen, die heutzutage

ein Studium aufnehmen, hervorgehoben. In dem Bildungsportal sowie auch in anderen Quellen, wo diese Entwicklung in der Vergangenheit schon aus Sicht der AfD-Fraktion kritisiert worden sei, werde immer wieder deutlich, dass an den Hochschulen über einen sehr klar erkennbaren Niveauverlust geklagt werde und die Wissensstandards nicht mehr so hoch seien, wie es eigentlich erforderlich wäre oder es in der Vergangenheit einmal der Fall gewesen sei. Dies habe Minister Hoch in seiner Antwort als eine Erklärung völlig unerwähnt gelassen; aber viele andere sähen gerade diese Entwicklung als einen Teil dieser Erklärung an. Wenn die Hochschulen in dem Maße geöffnet würden, wie es aktuell geschehe, kämen auch viele an die Einrichtungen und studierten ein Fach, für das sie die Studierfähigkeit eben gerade nicht mitbrächten, die früher in der Regel tendenziell im Abitur ihren Ausdruck gefunden habe.

Von Interesse sei, ob Staatsminister Hoch die These bestreite, dass dies eine Erklärung sein könnte für die vielen Brückenkurse und andere unterstützende Maßnahmen, oder ob es die verschiedenen Voraussetzungen seien, wenn Menschen aus dem beruflichen Bereich kämen oder sich sehr spät entschieden, was sie einmal beruflich machen wollten, und sich erst orientieren müssten.

Seine abschließende Bitte um den Sprechvermerk zu diesem Tagesordnungspunkt weist **Staatsminister Clemens Hoch** zurück, da ansonsten Zitate mit irgendwelchen Summen aus dem Zusammenhang gerissen werden könnten. Die Anfrage sei derart tendenziös, und er bestreite auch ausdrücklich diese These. Er halte die Abiturientinnen und Abiturienten für studierfähig, was man auch an den hervorragenden Zahlen und guten Absolventinnen und Absolventen in Rheinland-Pfalz erkennen könne.

Allerdings sei nicht jede Struktur für jeden Menschen gleichermaßen gut geeignet, ein bestimmtes Fach zu studieren. Er habe bei einer Veranstaltung mit dem Präsidenten der Hochschule Worms gesprochen, der einen jahrgangsbesten Absolventen an seiner Hochschule in einem MINT-Fach gehabt habe, der vorher zwei Semester lang an einer Universität in Kaiserslautern studiert habe und in dem Setting einer universitären Ausbildung nicht zurechtgekommen sei. Das habe aber nichts mit seiner Studierfähigkeit zu tun.

Er halte es für sehr vernünftig, es Menschen zu ermöglichen, sich am Beginn ihrer Berufsbildungsphase zu orientieren, wo in Rheinland-Pfalz Tausende Studiengänge angeboten würden. Menschen gingen heutzutage nicht mehr von der Schule ab und legten sich für ein bestimmtes Studium fest. Das sei bei dem Studienfach Jura noch relativ einfach, es höre aber schon bei der Informatik auf. Kein Mensch verfolge heutzutage noch das Berufsziel, Informatiker zu werden.

Wenn der Vertreter der AfD meine, sich aus irgendwelchen „dahergeschriebenen“ Portalen informieren zu müssen und zu unterstellen, die Schulen bereiteten nicht mehr gut auf das Studium vor, dann werde er dies in der Tat bestreiten.

**Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche** spricht sich dafür aus, in Rheinland-Pfalz ein durchlässiges Bildungssystem zu haben. Jeden Tag sei die Rede von lebenslangem Lernen und davon, dass Menschen auch eine zweite, dritte oder gar vierte Chance bräuchten, wenn sie sich umorientieren wollten, weil die Welt sich heutzutage sehr schnell drehe. In Rheinland-Pfalz sei es zu jedem Zeitpunkt möglich, über sehr

verschiedene Wege wieder eine Studienzugangsberechtigung zu erhalten. Natürlich seien die Menschen sehr unterschiedlich, die an die Hochschulen kämen; aber es sei eine große Stärke des Bildungssystems, dies zu ermöglichen und dass die Menschen sich immer wieder neu orientieren könnten. Brückenkurse habe es im Übrigen auch schon gegeben, als sie angefangen habe zu studieren, und sie sei ein wichtiges Instrumentarium, um die Menschen darauf vorzubereiten, sich in die Strukturen einer Universität zu begeben.

**Vors. Abg. Marion Schneid** dankt abschließend den Hochschulen für ihr großes Engagement, die Studierenden so zu unterstützen, dass ein Studium für sie machbar sei.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 2** der Tagesordnung:

**Sachstand zur Gründung der Deutschen Agentur für Forschung und Innovation (DATI)**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

- [Vorlage 18/1918](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

**Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche** führt aus, im Koalitionsvertrag des Bundes sei die Gründung einer Deutschen Agentur für Forschung und Innovation festgeschrieben worden. Gerade das Land Rheinland-Pfalz mit seinen sehr starken Hochschulen und Transfermöglichkeiten habe ein großes Interesse daran, dass dieser Prozess gut vorankomme.

Am 11. April habe das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ein erstes Eckpunktepapier veröffentlicht. Sie hoffe sehr, dass gerade Rheinland-Pfalz von so einem neuen Förderinstrument profitieren werde, und bitte die Landesregierung um den aktuellen Sachstand.

**Staatsminister Clemens Hoch** berichtet, aus dem Kreis der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAWs) sowie auch in den Wahlprogrammen unterschiedlicher Parteien gebe es schon seit Längerem die Forderung nach einer Deutschen Transfergemeinschaft (DTG), also einer Art deutschen Forschungsgemeinschaft für die Transferförderung, und vor allem auch einer Förderinstitution für die eher anwendungsnahe Forschung der HAWs. Die HAWs beklagten – was beim Blick auf die reinen Zahlen auch durchaus nachvollziehbar sei –, dass sie an den DFG-Fördermitteln mit weniger als 2% des jährlichen Bewilligungsvolumens von zugegebenermaßen insgesamt 3,3 Milliarden Euro partizipierten.

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung heiße es daher beim Thema „Innovation und Transfer“:

„Unser Ziel ist die Stärkung von anwendungsorientierter Forschung und Transfer zur Schaffung und Stärkung regionaler sowie überregionaler Innovationsökosysteme. Dazu werden wir die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) gründen, um soziale und technologische Innovationen insbesondere an den HAWs und kleinen und mittleren Universitäten in Zusammenarbeit mit Startups, KMUs sowie sozialen und öffentlichen Organisationen zu fördern.“

Am 11. April habe das Bundesministerium für Bildung und Forschung ein erstes Eckpunktepapier zur Mission, Förderung und Organisation der DATI veröffentlicht und sogenannte Stakeholder-Dialoge angekündigt. Das Ziel des BMBF sei es, die vielen guten Ideen und Forschungsleistungen, die gerade an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und in kleinen und mittleren Universitäten entstünden, schneller in Wirtschaft und Gesellschaft zu tragen und nachhaltig in den Regionen zu Verankern. Dafür solle eine schlanke und agile Agentur geschaffen werden, die hauptsächlich dezentral aufgestellt sei und nach Bedarf berate, vernetze, unterstütze und fördere. Dadurch sollten Stärken gezielt gestärkt, neue Akteure angesprochen, Synergien gehoben und regionale Innovationsdynamiken befördert werden.

Nach den Plänen des BMBF solle die DATI in ihrer zentralen Gremienstruktur sehr schlank aufgestellt sein. Sie solle über „die erforderlichen rechtlichen Freiheitsgrade verfügen, um ihre Aufgaben effektiv umsetzen zu können. Ihre politische Steuerung sei auf das notwendige Minimum beschränkt.“

Auf operativer Ebene solle die DATI durch sogenannte Regionalcoaches agieren und durch ein Servicecenter, das dann die geförderten Regionen unterstütze. Sie solle aber auch deutschlandweit Anlaufpunkt sein für Transfer und Innovation.

Das BMBF skizziere ein zweistufiges Auswahlverfahren: Zunächst bewerbe sich eine Region rund um eine HAW oder kleinere Universität. Im zweiten Schritt wähle die Region in enger Interaktion mit dem Regionalcoach die zu fördernden Projekte aus.

Über das Eckpunktepapier hinausgehende Informationen des BMBF lägen ihm noch nicht vor. Auch sei das BMBF bisher nicht grundlegend in den Dialog mit den Ländern getreten. Er gehe fest davon aus, dass das BMBF ein ausführliches Konzept vorlegen werde. Immerhin sei der Presse zu entnehmen, dass sowohl das Bundesfinanzministerium als auch der Haushaltsausschuss des Bundestages einen Teil des für DATI vorgesehenen Budgets bis zum Vorliegen eines schlüssigeren Konzepts gesperrt habe. Das sei durchaus nachvollziehbar; denn es gebe noch einige Fragen, die in den Eckpunkten aufgeworfen würden und die auch das Länderengagement berührten.

So müsse zum Beispiel die Frage geklärt werden, wie eine Bundesagentur mit Transfer-Förderaktivitäten und -strategien vor Ort zusammenwirken könne und wie bereits erfolgreiche Länderinitiativen unterstützt und weiter gestärkt werden könnten; denn die Schaffung von Parallelstrukturen sei unbedingt zu vermeiden.

In Rheinland-Pfalz existierten beispielsweise in Koblenz, Kaiserslautern, Mainz und Trier bereits seit vielen Jahren die Wissenschafts- und Wirtschaftsallianzen, die ähnliche Ziele mit Blick auf den Transfer verfolgten, allerdings keine aktive Forschungsförderung betrieben. Ebenso müssten nach seiner Auffassung vor allem die Industrie- und Handelskammern, aber auch der LVU hierzu eingebunden werden.

Gleichwohl sei er zuversichtlich, dass Rheinland-Pfalz von der DATI profitieren könne. Seit Mai dieses Jahres würden zwei rheinland-pfälzische Initiativen im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Innovative Hochschule“ gefördert. Die Hochschule Mainz habe gemeinsam mit der TH Bingen, der Hochschule Worms, der Hochschule Ludwigshafen, der Katholischen Hochschule Mainz und der Johannes Gutenberg-Universität das Auswahlgremium mit dem Verbundantrag „EMPOWER – Kooperationen leben und Innovationen gestalten“ überzeugt. Es gehe darin um die Gestaltung von Transformationsprozessen zur Entwicklung des regionalen Innovationssystems, insbesondere von Rheinhessen/Vor-derpfalz, und einer übergreifenden Vernetzung der fünf Hochschulen in einem Transfer-Hub.

Die Hochschule Kaiserslautern, die bereits zusammen mit der Technischen Universität Kaiserslautern in der ersten Antragsrunde im Jahr 2017 erfolgreich gewesen sei, habe den Zuschlag für die Fortführung der Initiative „Offene Digitalisierungsallianz für die Pfalz II“ erhalten, wo innovative Hochschulen nachhaltig digitale Zukunft gestalten. Anknüpfend an eine langjährige produktive Zusammenarbeit im

Transfer und aufbauend auf dem Fundament, das durch die Allianz in der ersten Förderphase gelegt worden sei, setze das Vorhaben die Kooperationsstrategie „Transfer für die Zukunft der Pfalz“ weiter um.

Mit dem Campus Landau und der Universität Koblenz-Landau werde eine bislang nicht geförderte Universität in den Verbund integriert werden. Durch die Beteiligung des Campus Landau als neuem direkten Partner entstehe ein qualitativer Mehrwert für das Projekt. Dies sei im Übrigen ein weiterer wichtiger und erfreulicher Schritt im Prozess der Fusionierung mit der TU Kaiserslautern.

Diese Erfolge zeigten einmal mehr, welcher Reichtum in der Vielfalt der rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft zu finden sei. Die rheinland-pfälzischen Hochschulen leisteten jetzt schon einen wichtigen Beitrag für Innovation in der Region. Sie entwickelten gemeinsam mit ihren Partnern in Wirtschaft und Industrie Lösungen für den Transfer. Die Gründung der DATI könne in Rheinland-Pfalz mit seinen bestehenden Strukturen auf fruchtbaren Boden fallen. Sicherlich sei bekannt, dass neben den HAWs ausdrücklich auch alle Universitäten als kleine und mittlere Universitäten gelten sollten, wobei bei der Johannes Gutenberg-Universität derzeit noch streitig sei, wo der Bund die Grenze festlegen werde. Er freue sich schon gemeinsam mit den anderen Bundesländern darauf, mit dem Bund über die konkrete Ausgestaltung ins Gespräch zu kommen.

**Abg. Dr. Lea Heidbreder** stimmt mit Staatsminister Hoch darin überein, dass an den Hochschulen schon sehr viele innovative Ideen entwickelt würden und das DATI-Programm gute Chancen biete, den wichtigen Schritt von den Hochschulen hinein in die Wirtschaft und in die Gesellschaft zu gehen. Anzuregen sei, bei den Gesprächen mit dem Bund an den bestehenden Strukturen anzuknüpfen und keine Doppelstrukturen entstehen zu lassen, aber gleichzeitig auch sicherzustellen, dass am Ende nicht nur diejenigen Hochschulen profitierten, die ohnehin schon sehr forschungsstark seien. Vielmehr müsse bei diesem Prozess in die Breite und in die Region hineingewirkt werden.

**Staatsminister Clemens Hoch** legt dar, durch den Wechsel an der Spitze des Bundesministeriums für Bildung und Forschung habe Mario Brandenburg als ein profunder Kenner der rheinland-pfälzischen Szene mit dem Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs eine sehr wichtige Funktion übernommen. Diese politische Entwicklung sei nur zu begrüßen.

**Vors. Abg. Marion Schneid** äußert ihre Überzeugung, dass Doppelstrukturen vermieden werden müssten. Umgekehrt sei auch eine zusätzliche Förderung für die rheinland-pfälzischen Hochschulen sehr wichtig. Die Bedeutung der angewandten Forschung an den HAWs werde noch deutlich ansteigen, weil es im Verbund mit den Unternehmen vor Ort verstärkt kreative Projekte geben werde, die letztlich auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken könnten und die Fachkräfte in Rheinland-Pfalz halten könnten.

Auf ihre Frage, ob angedacht sei, dass die Bundesländer eine Kofinanzierung zu verschiedenen Projekten leisten müssten, entgegnet **Staatsminister Clemens Hoch**, bisher hätten bei allen Programmen dieser Art des Bundes die Länder mit ihren Hochschulen immer die Grundfinanzierung zu leisten. Im Moment gehe er noch davon aus, dass die DATI so etwas wie ein Pendant zur DFG sein werde, sodass sich danach auch die Organisation der Förderung im Bund richten werde. Ob und in welchem

Umfang es Kofinanzierungsanteile durch die Länder geben werde, bleibe abzuwarten; allerdings seien die Hochschulen auch sehr autonom und könnten entsprechende Anträge stellen. Insoweit seien die Fördermodalitäten des Bundes möglicherweise so ausgestaltet wie auch bei der DFG.

Nach seiner Vermutung würden im Teilbereich der DATI im Hinblick auf die Sichtbarkeit einige bereits bestehende Programme zusammengeführt und gebündelt. Die Förderinitiative „Innovative Hochschule“ sei zum Beispiel schon heute mit 550 Millionen Euro für zwei Auswahlrunden mit je fünf Jahren ausgestaltet worden, also von 2017 bis 2027. Dort bestehe ein Kostentragungsverhältnis von 90 % des Bundes und 10 % des Sitzlandes, wie man es auch aus anderen Bereichen kenne. Dieses Verhältnis könnte durchaus auch in diesem Bereich zum Tragen kommen, aber genauere Details seien ihm noch nicht bekannt.

**Staatsminister Clemens Hoch** sagt auf Bitte des **Abg. Martin Louis Schmidt** zu, dem Ausschuss seinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 3** der Tagesordnung:

**Internationale Vernetzung der Biotechnologie in Rheinland-Pfalz**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der SPD

- [Vorlage 18/1919](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

**Abg. Dr. Katrin Rehak-Nitsche** legt zur Begründung dar, Wissenschaft lebe vom internationalen Austausch. Im April habe Dr. Denis Alt, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit, eine Reise nach Estland unternommen. Dies sei ein wichtiges Signal nach außen und ein gutes Beispiel für die internationalen Kontakte von Rheinland-Pfalz. Estland sei bekannt dafür, dass es insbesondere im Bereich der Digitalisierung schon sehr weit vorangekommen sei, auch verbunden mit den Bereichen Gesundheit und Biotechnologie, die Schwerpunkte auch in Rheinland-Pfalz bildeten.

Bei dem Besuch von Staatssekretär Dr. Denis Alt sei es unter anderem darum gegangen, diese Verbindungen zu intensivieren und auszubauen. In diesem Zusammenhang sei auch immer wieder die Rede gewesen von einer Science Policy, was so viel bedeute wie eine Verständigung und den Austausch verschiedener Völker über die Wissenschaft. Sie bitte daher um einen kurzen Bericht über diese Reise.

**Staatsminister Clemens Hoch** weist eingangs darauf hin, die allermeisten wissenschaftlichen Aktivitäten auf diesem Niveau und die Forscherteams vor allem im Bereich der Biotechnologie seien per se schon international. Die Informationsreise habe vom 26. bis zum 29. April 2022 stattgefunden und sei nicht die erste, die Staatssekretär Dr. Alt mit großer Begeisterung mit Schwerpunkt auf der Biotechnologie unternommen habe.

Durch die Aktivitäten der Landesregierung bestünden bereits sehr mannigfaltige Verbindungen des Landes Rheinland-Pfalz vor allem nach Estland. Im Hinblick auf den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine habe von estnischer Seite ein besonderes Augenmerk auf dieser Situation gelegen.

Die Teilnehmenden hätten unter anderem die Stätte Tallinn und Tartu besucht. Aus wissenschaftlicher Sicht seien an der Delegation Herr Prof. Dr. Klaus Lieb, Leibniz Institut für Resilienzforschung, Herr Dr. Andrée Rothermel, Wissenschaftlicher Geschäftsführer der TRON gGmbH, und Herr Prof. Dr. Philipp Wild, tätig an der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz und vor allem öffentlich bekannt aus der Gutenberg-Gesundheitsstudie, beteiligt gewesen. Daneben habe aus seinem Ministerium Frau Dr. Zimmermann, Abteilungsleiterin für Forschung, an der Reise teilgenommen.

Als Programmpunkte sei es zum einen grundsätzlich um das Wissenschaftssystem und zum anderen um die Kooperation zwischen Estland und Rheinland-Pfalz gegangen. Weiterhin gebe es in Estland eine gelebte Kooperation zwischen Stadt, Universität und Unternehmen in Tartu, der zweitgrößten estnischen Stadt mit der größten estnischen Volluniversität und der einzigen Universitätsmedizin des Landes.

Allerdings habe Estland – anders als derzeit noch Rheinland-Pfalz – heute schon einen Science Incubator gemeinsam mit der Stadt Tallinn etabliert; aber im Hinblick auf die aktuell stattfindenden Aktivitäten der Stadt Mainz gebe es auch für Rheinland-Pfalz begründete Hoffnungen dafür.

Die Universitätsmedizin Tartu besitze ebenso wie die Universitätsmedizin in Mainz mit der Gutenberg-Gesundheitsstudie eine Bio-Bank mit einer Bevölkerungsquerschnittskohorte mit über 1 Million Bio-Proben. Aus wissenschaftlicher Sicht bestehe vor allem im Hinblick auf die Erforschung von Alterserkrankungen ein großes Interesse daran, den mit der Gutenberg-Gesundheitsstudie erworbenen Datenschatz mit dem estnischen Datensatz zu vergleichen bzw. übereinanderzubringen. Dazu werde es noch weiterer Gespräche bedürfen.

Schließlich sei es auch um ein sogenanntes E-Medizinzentrum gegangen sowie die Vorstellung dessen Arbeit von EU-Netzwerken mit unterschiedlichen wissenschaftlichen Schwerpunkten, vor allem die Optimierung der Datennutzung. Das estnische Gesundheitssystem arbeite mit einer um Längen größeren Datentransparenz, als es die Vorstellungskraft des deutschen Datenschutzrechts überhaupt zulassen würde. Rheinland-Pfalz habe bekanntermaßen ein großes Interesse daran, Gesundheitsdaten zu nutzen, unter anderem zu Forschungszwecken und auch im Hinblick auf die Aktivitäten von TRON in Mainz. Auch der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien auf Bundesebene sehe vor, sich dem Thema zu widmen, wie Gesundheitsdaten aus Forschungsgesichtspunkten besser verwendet werden könnten. Über seine wissenschaftlichen Aktivitäten hinaus sei es für Rheinland-Pfalz ein bedeutender Standortfaktor, wenn man allein die Kooperation der Pharmaunternehmen Boehringer Ingelheim und AbbVie berücksichtige, die davon lebten, dass sie klinische Studien betreiben und diese Daten auch nutzen könnten.

Im Ergebnis sei also festgehalten worden, dass dieser Austausch fortgesetzt werden solle, und alle beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hätten ein großes Interesse, diese Kooperation auch zu leben. Dieser Austausch sei mit einigen konkreten Maßnahmen hinterlegt worden, die nun kurzfristig umgesetzt werden sollten.

An der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz sei ein Biotechnologie-Gastlabor mit 150.000 Euro gefördert worden, das dazu diene, junge Forschende aus dem europäischen Netzwerk FORTHEM einzuladen, um gemeinsame exploratorische Projekte durchzuführen. Partner seien unter anderem auch Hochschulen in Frankreich, Finnland, Lettland, Italien, Spanien, Norwegen und Rumänien.

Weiterhin habe man zusammen mit der schottischen Regierung und der Scottish Universities Life Sciences Alliance einen gemeinsamen Forschungsförderfonds im Bereich der Lebenswissenschaften und der Biotechnologie aufgelegt, der aktuell im Rahmen der First Scotland-RLP Life Sciences and Biotechnology Conference am 15. März vorgestellt worden sei. Sein Kollege Jamie Hepburn sei in Mainz an diesem Termin zu Gast gewesen, und diese Allianz solle nun weiter ausgebaut werden.

Die Schotten hätten ein sehr großes Interesse an einer Kooperation mit Rheinland-Pfalz und umgekehrt. Ein wichtiger Aspekt dabei sei die schottische Diskussion rund um den Brexit, und die Schotten suchten einen Anknüpfungspunkt in einem Land ähnlicher Größenordnung, also einem Staat in einem

souveränen Land, da ansonsten alle Verbindungen über die Bundesregierung und die britische Regierung laufen müssten. Auch die Schotten hätten ihre politischen Schwerpunkte in der universitären Forschung auf den Bereich Life Sciences gelegt, sodass ein enger Zusammenhang zu Rheinland-Pfalz bestehe.

Wenn man sich beispielsweise die mRNA-Technologie und die Altersforschung ansehe, so habe Schottland in Europa statistisch gesehen die höchste Anzahl von MS-Erkrankungsfällen. Das Land erhoffe sich natürlich mit der Erforschung von Alterserkrankungen und der an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz vorhandenen Technik mit TRON, aber auch dem IMB, dass man dort mit der Forschung vorankommen werde.

Ziel der Landesregierung sei es, den Biotechnologie-Standort Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren konsequent auszubauen und die nationale sowie internationale Sichtbarkeit entscheidend zu stärken. Am 15. Mai sei die Biotechnologiestudie Roadmap des Landes gestartet, mit der die ressortübergreifenden Potenziale optimiert und ergänzt würden, und auch dort werde man den Blick auf die internationale Vernetzung richten; denn in Rheinland-Pfalz gebe es zahlreiche Global Player, darunter Unternehmen wie BioNTech, aber auch andere Pharmaunternehmen wie zum Beispiel Boehringer Ingelheim. Weiterhin existierten in Rheinland-Pfalz sehr viele kleine und mittlere Unternehmen, die sich ebenfalls in diesem Bereich am Wettbewerb messen und beteiligen wollten.

In Rheinland-Pfalz gebe es Forschungseinrichtungen von Weltruf, und in dieser Vierermatrix werde man sich auch in den kommenden Monaten und Jahren bewegen. Er habe heute exemplarisch die Partnerschaft zu Schottland und zu Estland angesprochen, in der Rheinland-Pfalz als doch eher kleineres Bundesland in Deutschland sehr gut agieren könne.

**Abg. Dr. Matthias Reuber** lenkt das Augenmerk auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema „Biotechnologie“ und weltweit führenden Standorten, in der Estland nicht aufgetaucht sei. Wenn er die Ausführungen des Ministers soeben richtig verstanden habe, sei es aber doch gerade die Kombination aus Gesundheit, Digitalisierung und auch Biotechnologie gewesen, die letztlich für das Reiseziel Estland gesprochen habe. Von Interesse sei, ob Vertreter der Landesregierung auch schon die anderen, in der Antwort auf die Große Anfrage genannten Biotechnologie-Standorte besucht habe bzw. ob Besuche geplant seien.

**Staatsminister Clemens Hoch** entgegnet, sicherlich seien in der Großen Anfrage insgesamt überaus faszinierende Regiopole genannt worden. Es seien nicht nur einzelne Orte und Länder, sondern dort, wo Biotechnologie im Moment führend erforscht werde, gehe es vorwiegend um Zusammenschlüsse großer Regionen und Universitäten.

Natürlich liefen dazu Gespräche und auch Kooperationen; denn es seien etablierte Regionen, die ein großes Interesse an den Aktivitäten in Mainz hätten. Gleichwohl habe man sich politisch zum Ziel gesetzt, selber groß und stark zu werden, und suche dazu natürlich strategische Verbundpartner, die ein ähnliches Ziel formuliert hätten. Dank neuester Technologie müssten diese Standorte nicht unbedingt regional zusammenliegen; aber mit klugen Forschungsallianzen könne eine Zusammenarbeit sicherlich gelingen.

Die Gründer von BioNTech, Özlem Türci und Uğur Şahin, könnten sich ihren Lebensmittelpunkt und ihre Forschungsaktivitäten sicherlich im Augenblick weltweit aussuchen; aber sie wollten in Mainz bleiben. Sie seien für viele Forscherinnen und Forscher von Weltruf, aber auch für die Nachwuchsforscher ein solch hellglänzender Stern, dass der Standort Mainz derzeit überhaupt keine Probleme habe, diese Aktivitäten zu entfalten. Die Hommage von Herrn Şahin in der Rheingoldhalle an die Stadt Mainz im Vergleich zu Köln könne für sich allein stehenbleiben und bedürfe auch keiner weiteren Ausführungen.

**Abg. Martin Louis Schmidt** bittet auch zu diesem Tagesordnungspunkt um die Zuleitung des Sprechvermerks.

Er habe im Deutschlandfunk einen sehr interessanten Beitrag über die bedeutende Rolle gehört, die Estland schon seit Jahrzehnten in der Biotechnologie einnehme. Man müsse sich einmal klarmachen, dass dieses kleine Land sogar schon zu Sowjet-Zeiten in diesem Bereich führend gewesen sei und eine Kontinuität dieses bedeutenden Standorts bestehe. Er halte es daher für sehr wichtig, dass die Zusammenarbeit mit Estland gesucht werde.

Das Gleiche gelte auch für Schottland. Er habe auf dem Rheinland-Pfalz-Tag den Stand des Landes besucht und erfreulicherweise festgestellt, dass es schon einen regen Austausch mit Rheinland-Pfalz gebe.

Minister Schweitzer habe die Bio-Datenbanken in Mainz erwähnt, aber auch in Tartu – oder zu Deutsch Dorpat – und das bestehende Interesse, sie miteinander zu vergleichen. Er bitte um Auskunft, welche Hindernisse dafür zu überwinden seien, ob diese Hürden datenschutzrechtlicher Natur seien und wie der Sachstand der Umsetzung sei, um wissenschaftlichen Nutzen daraus zu ziehen.

**Staatsminister Clemens Hoch** legt dar, wissenschaftlich gesehen bestünden eher untergeordnete Hürden. Die Daten seien mit ausdrücklicher Einwilligung zu Forschungszwecken erhoben worden, wobei auch das deutsche Datenschutzrecht relativ unproblematisch sei. Die Herausforderung bestehe aber darin, dass das, was man wissenschaftlich eigentlich mit den Bio-Daten beabsichtige, eine schiere Masse an Forschungsdaten produzieren würde, weil man daraus sehr viel ablesen könne.

Ein wichtiges Thema in der Vergangenheit sei auch das Nationale Hochleistungsrechnen (NHR) gewesen. Bei NHR Süd-West handele es sich um einen Zusammenschluss der Universitäten Mainz, Frankfurt, Kaiserslautern und Saarbrücken, der nun auch in den Gesamtverbund des Nationalen Hochleistungsrechnens aufgenommen worden sei. In diesem Verbund seien auch andere Bundesländer vertreten, und Rheinland-Pfalz investiere dafür in den kommenden zehn Jahren rund 127 Millionen Euro. Dort würden Rechenkapazitäten bundesweit zusammengeschaltet, um sich aus den Bio-Proben gewisse Marker rückwärts ansehen zu können.

Wenn als Beispiel heute ein Mensch, dessen Bio-Daten schon seit Jahren in der Datenbank gespeichert worden seien, an Parkinson erkrankte, könne man mit Methoden der Künstlichen Intelligenz und einer enormen Rechenleistung versuchen zurückzuschauen, ob auch bei anderen Parkinson-Patienten in den letzten Jahren schon gewisse Bio-Marker auffällig gewesen seien. Es sei aus wissenschaftlicher Sicht sehr interessant, wenn Forscherinnen und Forscher solche Erkenntnisse miteinander teilen

und vergleichen könnten; denn dadurch könne eine andere Bio-Datenbank sehr viel gezielter danach suchen. Durch eine internationale Verknüpfung der Daten könnten Ergebnisse sehr viel schneller abgerufen werden im Hinblick auf Alterserkrankungen und Life Sciences – nur ein kleiner Aspekt dessen, was Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dort mit diesen Bio-Proben anfangen könnten.

**Vors. Abg. Marion Schneid** äußert die vollumfängliche Zustimmung zu den Ausführungen des Ministers. Wer mit Forschungsunternehmen in Kontakt sei, der wisse, wie wichtig Bio-Daten für die Forschung und letztlich auch für die Menschen seien, um Krankheiten zu heilen oder besser einzuordnen.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 4** der Tagesordnung:

**Internationales Zentrum für Handschriftenforschung in Trier**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der AfD

- [Vorlage 18/1941](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

**Abg. Martin Louis Schmidt** führt aus, Trier werde als Hochschul- und Wissenschaftsstandort natürlich sehr stark mit der Antike verbunden. In diesem Monat werde dort auch die Landesausstellung zum Untergang des Römischen Reiches eröffnet.

Trier sei auch ein bedeutender Standort, was das Mittelalter und beispielsweise mittelalterliche Handschriften anbetreffe. Daher bitte er um nähere Ausführungen zu diesem Thema.

**Staatsminister Clemens Hoch** trägt vor, die Wissenschaftliche Bibliothek der Stadt Trier mit dem dazugehörigen Stadtarchiv und der Schatzkammer verfüge über einen historischen Quellenbestand von hohem Wert. Der Handschriftenzensus Rheinland-Pfalz bemesse die Gesamtzahl der in Bibliotheken des Landes vorhandenen Handschriften aus dem Mittelalter auf etwa 3.100. Davon würden 1.300, also mehr als ein Drittel, in Trier aufbewahrt, sodass Trier – jedenfalls mit weitem Abstand – die meisten Handschriften aus dem Mittelalter besitze.

Solche Handschriften umfassten zum Beispiel den seit 2004 zum UNESCO-Weltdokumentenerbe gehörenden Codex Egberti, den ältesten erhaltenen deutschen Bilderzyklus zum Leben Jesu, das alt-hochdeutsche Fragment der Lex Salica als ältester Rechtstext in deutscher Sprache oder das benannte „Ada-Evangeliar“ aus der Hochschule Kaiser Karls des Großen. Insbesondere letzteres gelte aufgrund der herausragenden Qualität der nach dem Muster antiker Kaiserdarstellungen gefertigter Evangelistenporträts als unersetzliches Original von weltweit unikatem Rang.

Bereits seit vielen Jahren gebe es umfassende Bemühungen der Wissenschaftlichen Bibliothek der Stadt Trier und des Stadtarchivs, den Zugang zu ihren Beständen für Forschende nachhaltig zu verbessern und die Sichtbarkeit der Archivalien für die interessierte Öffentlichkeit zu stärken. Zu den wichtigsten Maßnahmen zähle unter anderem die Öffnung der Schatzkammer im Jahr 2014 und die Beantragung des UNESCO-Weltdokumentenerbestatus für das bereits benannte Ada-Evangeliar, wobei mit der Entscheidung durch den Exekutivrat der UNESCO frühestens im Herbst 2022 zu rechnen sei.

Die Gründung des Internationalen Zentrums für Handschriftenforschung Trier reihe sich daher organisch ein in die breit angelegten Bemühungen von Bund, Ländern und der DFG, den Zugang für Forschende zu Datenbeständen, zu denen auch historische Schriftstücke zählen, zu verbessern und ihre möglichst breite Nachnutzung sicherzustellen. Durch die Gründung des internationalen Zentrums, welches durch die Wissenschaftliche Bibliothek in Kooperation mit dem Stadtarchiv betrieben werde, sollten diese Anstrengungen nun fortgeführt und auf eine solide Basis aus Mitteln des Gesamtetats der Wissenschaftlichen Bibliothek und des Stadtarchivs sowie ergänzenden DFG-Mitteln auf institutionelle Basis gestellt werden.

Am 19. Mai 2022 habe die feierliche Eröffnung durch die Ministerpräsidentin stattgefunden. Ziel sei es, eine national und international stärkere Wertschätzung sowie Sichtbarkeit und Zugänglichkeit der vorhandenen Handschriftenbestände insbesondere in der wissenschaftlichen, vor allem aber internationalen Community, und ihre Erforschung zu fördern. Deswegen setze sich das Zentrum aus drei Säulen zusammen: Abteilung Wissenschaft, Abteilung Dokumentation und Abteilung Edukation.

Gerade in den ersten beiden Säulen würden nicht nur die Forschungsprojekte auf den Weg gebracht, historische Bestände digitalisiert, eine Datenbank aller Schriftstücke aufgebaut, sondern auch Verbesserungen in der räumlichen Infrastruktur vor Ort vorgenommen. International Forschende könnten also zunächst digital die Relevanz der Archivalien für ihre Forschung aus der Ferne prüfen, um dann gegebenenfalls nach Trier reisen und vor Ort eine genauere Untersuchung der originalen Schriftstücke vorzunehmen. Darüber hinaus rundeten Tagungen, Publikationen und weitere Kooperationen mit einschlägig ausgewiesenen Partnern aus dem Bereich der historischen Kulturwissenschaften das Tätigkeitsfeld zur wissenschaftlichen Vermarktung der eigenen Bestände ab und seien eine wichtige Grundlage für die weitere Vernetzung. All dies trage zu einer zielgerichteten und effizienten Forschung bei.

Neben dem öffentlichen Interesse und der Forschung in der Abteilung Edukation werde zudem für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses bedeutsam, indem Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der historischen Originalüberlieferungen aufgebaut werden sollten, aber zugleich auch für die hochschulische Lehre, da die historischen Quellen physisch und digital zur Verfügung stünden und etwa in Seminaren und anderen Kontexten genutzt werden könnten, um weitere Erkenntnisse zu gewinnen und Wissen zu vermitteln.

Es sei daher nachvollziehbar, dass mit der Universität und der Hochschule potente Partner zur Verfügung stünden, die ein intensives wissenschaftliches Interesse an diesen Beständen hegten, sodass gegenseitige Synergien, etwa durch Quellenaustausch oder die gegenseitige Nutzung von Infrastrukturen wie Hochleistungsscannern, entstünden. Dass es sich hier also nicht nur um isolierte Bemühungen handle, um die Bedeutung der Digitalisierung mittelalterlicher Handschriften zu erkennen, sei offenbar. Das zeige sich vor allem daran, dass die Universität Mainz bereits vor knapp zehn Jahren mit Fördermitteln der DFG mit dem Handschriftenzensus Rheinland-Pfalz ein eigenes Portal zur Erschließung und Digitalisierung handschriftlicher und gedruckter Überlieferungen aufgebaut habe und auch künftig beabsichtige, in Zusammenarbeit unter anderem mit dem Landesbibliothekszenrum die Digitalisierung mittelalterlicher Handschriften voranzutreiben. Das neue Zentrum werde im Zuge dieser Aktivitäten des Landes rund um die Erhaltung schriftlicher Kulturerzeugnisse ein wichtiger Partner sein. Nicht zu vergessen sei, dass das Zentrum letztlich auch einen Beitrag dazu leisten werde, das nationale und internationale Profil der Stadt Trier als wichtigem Wissenschaftsstandort für die Erforschung historischer Buchbestände zu stärken.

**Abg. Martin Louis Schmidt** hält dies für eine äußerst erfreuliche Initiative in Trier.

Die Aufgabe der Digitalisierung und Erfassung handschriftlicher Bestände in Datenbanken sei eine Herkulesaufgabe. Seine Frage, ob man in etwa sagen könne, zu welchem Prozentsatz die Erfassung

der Handschriften durch die Fachleute in Trier bisher schon erfolgt sei, entgegnet **Staatsminister Clemens Hoch**, das Digitalisierungsprojekt stehe erst am Anfang, und die Aufgabe sei schier gewaltig. Die Nennung eines konkreten Zeitrahmens sei ihm daher nicht möglich.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 5** der Tagesordnung:

**Neustrukturierung der Universitätsstandorte Kaiserslautern, Koblenz und Landau**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

- [Vorlage 18/1942](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

**Abg. Dr. Matthias Reuber** legt dar, die Neustrukturierung der Universitätsstandorte sei in diesem Ausschuss schon des Öfteren thematisiert worden. In der vergangenen Woche seien in den Medien schon einige Details über den aktuellen Stand zu entnehmen gewesen. Er bitte daher um einen Sachstandsbericht über den Umstrukturierungsprozess auch im zuständigen Ausschuss.

**Staatsminister Clemens Hoch** merkt eingangs an, fast könnte man sagen, dass man sich auf der Zielgeraden befinde und das letzte halbe Jahr jetzt angebrochen sei. In den vergangenen Wochen und Monaten sowie auch im letzten Jahr seiner Amtszeit seien gemeinsam mit den Universitäten noch einige wesentliche Meilensteine erreicht worden. Eine wesentliche Aufgabe für die drei Standorte sei zunächst gewesen, ihre künftige Struktur zu klären und in der Grundordnung und in der Wahlordnung niederzulegen.

Für die eigenständige Universität Koblenz sei die Grundordnung bereits im November 2021 genehmigt und dann mit den erforderlichen Anpassungen im Februar 2022 veröffentlicht worden. Damit einher gehe auch die Wahlordnung, welche ebenfalls im Februar veröffentlicht worden sei. Die so frühzeitige Veröffentlichung sei notwendig gewesen, da die neue Präsidentin oder der neue Präsident der Universität Koblenz das Amt auch mit Errichtung zum 1. Januar 2023 antreten könne.

Für das Auswahlverfahren sei neben dem schon konstituierten Hochschulrat auch der zu wählende Senat der Uni Koblenz notwendig, der sich vor Kurzem, aus seiner Erinnerung am 1. Juni, konstituiert habe. Die Rechtsgrundlage für die Wahl des Senats und die Wahl der Präsidentin/des Präsidenten sei mit der Grund- und Wahlordnung gegeben. Das Auswahlverfahren für die neue Präsidentin oder den neuen Präsidenten sei auch schon in vollem Gange. Die Ausschreibung sei im Frühjahr veröffentlicht worden, das Auswahlverfahren laufe noch. In dieser Woche fänden die Vorstellungsgespräche im Hochschulrat statt, der dann auf Basis der Auswahlgespräche einen oder mehrere Vorschläge an den Senat unterbreiten werde, aus denen dann gewählt werde.

Für die zukünftige Governance-Struktur der rheinland-pfälzischen Technischen Universität in Kaiserslautern und Landau habe ein intensiver Austausch mit ihm als Minister und seinem Haus stattgefunden. Der Prozess sei natürlich ungleich anspruchsvoller gewesen, weil eine bisher eigenständige Universität in Kaiserslautern mit einem weiteren Standort zusammengeführt werden soll. Dabei gebe es aus historischen Gründen natürlich sehr große Unterschiede in den Hochschulkulturen und -strukturen, und für beide Standorte müsse eine Struktur gefunden werden, die auch in der Phase des Neustarts eine Vertrauens- und Kennenlern-Entwicklung erlaube.

Er sei deshalb sehr froh, dass in § 7 des Hochschulgesetzes schon seit Längerem der neue Absatz 7, die Experimentierklausel, eingeführt worden sei. Die beiden Universitäten hätten sich darauf verständigt, ihre Grundordnungen daran auszurichten, die eine schrittweise Annäherung vorsehe, bei welcher zuerst die Kompetenzen bei den beiden Standorten lägen und durch die Phasen immer weiter zentralisiert würden.

Wesentlicher Eckpfeiler dieser Entwicklung sei der Ruhestandseintritt des bisherigen Präsidenten der TU Kaiserslautern, welcher im Rahmen der präsidialen Doppelspitze das Amt noch bis zum September 2024 fortführen werde. Beide Standorte hätten sich darauf verständigt, dass die bisherigen Leitungsmitglieder in Kaiserslautern und in Landau, insbesondere also Herr Präsident Poetsch-Heffter und Frau Vizepräsidentin Schaumann, ihre Funktionen weiter fortführten, um damit einen geordneten Übergang an die dann zu wählende Präsidentin bzw. Präsidenten zu ermöglichen.

Diese Governance-Struktur sei in einer sehr vertrauensvollen Abstimmung zwischen beiden Standorten entwickelt und mit seinem Ministerium auch immer wieder fachlich und rechtlich rückgekoppelt worden. Grund- und Wahlordnung der RPTU seien ihm vorgelegt worden. Die Genehmigungsschreiben würden in den nächsten Tagen versandt. Für diesen aufwendigen Prozess danke er an dieser Stelle ganz herzlich allen beteiligten Akteuren beider Universitäten. Es sei sehr spürbar, dass an beiden Standorten die Universität in Forschung und Lehre mit sehr viel Verve und sehr viel Herzblut betrieben werde. Dies in einem gemeinsamen Prozess zu kanalisieren, berge große Chancen für die RPTU.

Hinsichtlich der Profilbildung arbeite der Standort Koblenz an den finalen Konzepten seiner Hochschulentwicklungsplanung. Die internen Beratungen seien nach seinem Kenntnisstand allesamt abgeschlossen. Der Hochschulentwicklungsplan sei im Senatsausschuss Koblenz beschlossen und dem Hochschulrat zwecks Zustimmung übersandt worden.

In Kaiserslautern und Landau hätten sich die Selbstverwaltungsgremien und Arbeitsgruppen über das zukünftige Profil der Universität ausgetauscht. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beider Standorte interagierten bereits sehr intensiv und verzahnten die Forschungsfelder. In der letzten Steuerungsgruppe seien auch neue Forschungsfelder vorgestellt worden, bei welchen die wissenschaftlichen Kompetenzen beider Standorte als neuer Profilbaustein der RPTU aufgehen könnten.

Zusammenfassend könne er feststellen, dass vor allem in den letzten zwölf Monaten sehr engagiert und intensiv an der Zukunft der beiden neuen Universitäten gearbeitet worden sei und die Ergebnisse sich durchaus sehen lassen könnten. Er sei sehr zuversichtlich, den Fahrplan bis zum 1. Januar 2023 an allen drei Standorten einhalten und danach zwei neue Universitäten sehr erfolgreich starten zu können.

**Abg. Dr. Anna Köbberling** merkt an, auch bei ihren persönlichen Begegnungen mit den jeweiligen Universitätspräsidenten habe sich allgemein der Eindruck herauskristallisiert, dass alle sehr zufrieden seien mit dem eingeschlagenen Weg und sehr zuversichtlich auf das Jahresende bzw. den Beginn des nächsten Jahres mit dem endgültigen Vollzug zum einen der Fusion der beiden Standorte Landau und

Kaiserslautern und zum anderen der Trennung des Standortes Koblenz und Schaffung einer eigenständigen Universität vorausblickten. Sie stehe in sehr engem Kontakt mit der Universität in Koblenz und höre überhaupt nichts anderes mehr. Im Übrigen bestehe auch eine große Vorfreude seitens der Hochschule auf diesen Prozess und eine noch intensivere Zusammenarbeit, die gerade für den Profilbildungsprozess mit den geplanten neuen Studiengängen an Intensität noch zugenommen habe. Insofern profitierten nach ihrer Auffassung in Koblenz zwei Akteure von dieser Entscheidung.

Allerdings werde auch immer wieder über die Situation der Unibibliotheken diskutiert. In dieser Frage kämen zwei Tendenzen zusammen: einerseits der sehr schwierige Prozess des Auseinanderdividierens von Rechten, und zwar nicht nur von gedruckten Büchern, sondern vor allen Dingen auch von digitalen Lizenzen, und andererseits die zunehmende Bedeutung der Digitalisierung. Das habe mit dem Prozess der Fusionierung oder der Trennung der Hochschule gar nichts zu tun, sondern es sei ein parallel ablaufender, mit einer rasanten Geschwindigkeit sich vollziehender Prozess, der leider auch unwahrscheinlich teuer sei. Bei dem Prozess der Digitalisierung der Hochschulbibliotheken kämen zwei Entwicklungen zusammen, die sehr viel Geld kosteten und deshalb auch große Begehrlichkeiten weckten.

**Staatsminister Clemens Hoch** entgegnet, die Digitalisierung der rheinland-pfälzischen Hochschul- und Universitätsbibliotheken sei bis ins Unendliche skalierbar. Zehn Präsenzexemplare eines Buches könnten mehrfach genutzt werden von einer beliebigen Anzahl Studierender. Wer aber heute digitale Exemplare nutzen wolle, der müsse ein Vielfaches an Lizenzgebühren bezahlen, um ein Vielfaches an Nutzungsrechten einzukaufen als nur mit zehn Exemplaren und um dem Wunsch der Studierenden nach einer größeren Verfügbarkeit dieser Digitalexemplare nachkommen zu können, als in einer Präsenzbibliothek. Hinzu kämen interne Rangeleien beim Auseinanderdividieren um die Rechte der beiden Standorte. Dank des Sondervermögens auch im Hinblick auf die Digitalisierung habe man den Bibliotheksstandorten vor allem in Koblenz sehr helfen können mit einer sechsstelligen Summe, um den Start besser zu ermöglichen.

Er freue sich auch über den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der Stadtbibliothek, der Universitätsbibliothek und allen Archiven in Koblenz, der Ende Juni stattfinden werde. Durch die Archive von Bund und Land gebe es dort einen sehr großen Schatz an Bibliotheksausstattung, und er habe die große Hoffnung, dort einen großen Schritt weiterzukommen.

Schließlich gebe es an einigen rheinland-pfälzischen Hochschulen das Bestreben, Rahmenvereinbarungen mit den Lehrbuchherstellern abzuschließen über eine Vorlizenz für ein Jahr. Dafür könnten alle alles nutzen, so oft sie wollten, und dabei werde erfasst, was wirklich wie oft genutzt werde. Erst anhand dessen würden dann für das Folgejahr sehr konkrete Vereinbarungen getroffen. Bisher könne man gar nicht so genau wissen, was von den Studierenden an digitalen Lizenzen nachgefragt werde, vor allem wenn es einen Vollzugriff gebe.

Nach seiner Erinnerung sei dieses System an der Hochschule Kaiserslautern etabliert worden. Ob auch Koblenz dabei sein werde, könne er im Moment nicht genau sagen. Dieses Vorgehen sei wichtig, um einen guten Überblick zu bekommen, was an digitalen Lizenzen wirklich gebraucht werde.

**Abg. Dr. Matthias Reuber** äußert seinen Eindruck, gerade im letzten halben oder Dreivierteljahr sei viel Bewegung in das Verfahren gekommen, was auch aus Gesprächen mit den Hochschulen an den einzelnen Standorten selbst hervorgegangen sei. Er habe den Medien entnommen, dass der Campus in Koblenz räumlich aus allen Nähten platze und insbesondere für die Verwaltung noch Räumlichkeiten in der Stadt gesucht würden. Von Interesse sei, ob sich schon Lösungsmöglichkeiten für den Verwaltungsstandort und die Raumnot am Campus Koblenz abzeichneten.

**Staatsminister Clemens Hoch** antwortet, der Campus Koblenz sei sehr eng. Bei den Erweiterungsflächen habe es auch immer ein Bundeswehrthema gegeben, das nun im Hinblick auf die Bedeutung nationaler Sicherheit am Garnisonsstandort nicht unbedingt trivialer geworden sei.

Auch wenn man es in Mainz nicht glauben könne, weil man immer nur den Blick auf die eigene räumliche Situation gerichtet habe, gebe es doch durchaus auch andere Städte in Rheinland-Pfalz, wo der Büro- und Mietwohnungsmarkt sehr angespannt sei. Gerade in Koblenz gebe es aktuell einen großen Wettbewerb vor allem öffentlicher Institutionen um die Büroflächen.

Allerdings fänden intensive Gespräche statt, um das Problem zu lösen und den Wechsel für die Beschäftigten vom derzeitigen Präsidialstandort in Mainz nach Koblenz gut hinzubekommen und zu organisieren. Es sei eine Liegenschaft gefunden worden, aber der Mietvertrag sei noch nicht unterschrieben. Administrativ müsse ein guter Start für die Universität Koblenz sichergestellt werden, auch wenn die Herausforderungen größer seien als in Kaiserslautern. Während es in Kaiserslautern eine funktionierende eigenständige Universitätsverwaltung bereits gebe, müsse dies in Koblenz sozusagen vom 31. Dezember auf den 1. Januar quasi über Nacht umgeschaltet werden. Dennoch sei er zuversichtlich, dass dies gut gelingen werde, auch wenn derzeit der Wettbewerb um Büroflächen in Koblenz durchaus größer sei als in Mainz.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 6** der Tagesordnung:

**Hochschulzukunftsprogramm Rheinland-Pfalz**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

- [Vorlage 18/1943](#) - [[Link zum Vorgang](#)]

**Staatsminister Clemens Hoch** trägt vor, Ziel des Hochschulzukunftsprogramms der letzten Legislatur unter seinem Vorgänger, Herrn Staatsminister Prof. Dr. Konrad Wolf, sei gewesen, Wege aufzuzeigen, wie die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des rheinland-pfälzischen Hochschulsystems weiter gesteigert werden könne. Basierend auf den Empfehlungen der Expertenkommission vom Frühjahr 2018 habe das Wissenschaftsministerium in enger Absprache mit den Hochschulen Maßnahmen und Handlungsfelder definiert.

Mit der Novelle des Hochschulgesetzes – am Beispiel der Experimentierklausel – sowie der Hochschulinitiative für gutes Studium und gute Lehre in Rheinland-Pfalz seien Rahmenbedingungen für deren Umsetzung geschaffen worden, an denen man in dieser Legislaturperiode anknüpfen wolle. Er werde deshalb auf die definierten vier großen Handlungsfelder näher eingehen:

Handlungsfeld 1: Die Region als Handlungsrahmen für die Hochschulentwicklung nutzen. – Die Expertenkommission habe mit diesem Leitgedanken auch die Strukturreform der Universitätsstandorte Koblenz und Landau sowie Kaiserslautern empfohlen. Die Umsetzung sei inzwischen auf einem guten Weg. Das Land werde die neu entstehenden Universitäten unterstützen, ihre Profile innovativ und zukunftsweisend ausbilden und aus einer starken regionalen Verankerung ihre Arbeit in Forschung, Lehre und Transfer noch besser fortsetzen.

Handlungsfeld 2: Die Studienangebote bedarfsorientiert gestalten. – Ein wichtiger Teil sei der Ausbau der Gesundheitsstudiengänge, der erhebliche Investitionen aus dem Haushalt erfordere. Momentan liefen auch die Haushaltsberatungen für den nächsten Doppelhaushalt. Damit werde in diesem Handlungsfeld ein bedarfsorientiertes und abgestimmtes Studienangebot im Land Rheinland-Pfalz geschaffen, um dadurch dem steigenden Bedarf an Fachkräften in Pflege und Gesundheitsberufen Rechnung zu tragen.

Handlungsfeld 3: Ein attraktives Studienangebot, innovative Lehre und durchlässige Bildungswege. – Diese Stärken seien Rheinland-Pfalz bereits in dem Expertenbericht bescheinigt worden und auch durch die Landesregierung im Rahmen der Hochschulinitiative für gutes Studium und gute Lehre ausgebaut worden. Damit setze sie auch eine Empfehlung des Berichts um bezüglich der Hochschulfinanzierung und stelle nach Auslaufen des Hochschulpakts (Bund) dauerhaft mindestens 140 Millionen Euro pro Jahr sowie über 1.000 Stellen zur Verfügung, um die Lehre zu stärken.

Die Umsetzung in der Hochschulinitiative laufe erfolgreich und stelle eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung an den Hochschulen dar. Die nun beschlossene Dynamisierung der Bundesmittel werde Rheinland-Pfalz hierfür weitere Spielräume eröffnen. Es sei politisch beschlossen, aber die Dy-

namisierung sei leider noch nicht umgesetzt. Flankiert werde dies durch eine landesweite Absolventenstudie, mit der man die Hochschulen dabei unterstützen wolle, ihre Lehr- und Studienqualität auf Basis valider Daten weiterzuentwickeln.

Im Bereich der Durchlässigkeit habe der Bericht die Weiterförderung der dualen Studienangebote empfohlen. Diese würden unter dem Dach der Dualen Hochschule Rheinland-Pfalz kontinuierlich ausgebaut. Neue duale Bachelor-Angebote würden mit jeweils 100.000 Euro gefördert, 85 solcher Studiengänge seien im Wintersemester 2020/21 angeboten worden. Hinzu kämen noch sechs duale Master-Studiengänge.

Auch im Hinblick auf die Gespräche zwischen dem Kabinett mit den Unternehmen BASF und Boehringer Ingelheim sehe man auch weiterhin einen sehr großen Handlungswunsch der Industrie im Land Rheinland-Pfalz in diesem Bereich.

Das Handlungsfeld „Digitalisierung von Studium und Lehre“ habe die Landesregierung schließlich mit dem umfangreichen Digitalisierungsprogramm, das vor allem durch das Sondervermögen zur Verfügung gestellt werden konnte, entschlossen vorangetrieben. Die Empfehlungen des Berichts seien jeweils in die Maßnahmen eingeflossen.

Handlungsfeld 4: Die Weiterentwicklung der Forschungsförderung und der Hochschulen. – Die Landesregierung habe die Empfehlungen des Expertenberichts aufgegriffen, sowohl um die Forschungsinitiative des Landes neu auszurichten, als auch um Forschungskollegs einzurichten, die von Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften getragen würden. Mit dem Ziel, die Planungssicherheit für die Hochschulen zu erhöhen, seien die Zielvereinbarungen zur Forschungsinitiative bis zum Jahr 2023 abgeschlossen worden. Auf der Grundlage der erzielten Fortschritte werde das Land dann mit den Hochschulen die künftige Ausgestaltung ab 2024 vereinbaren.

Aktuell fordere das Wissenschaftsministerium acht Forschungskollegs, in denen kooperative Promotoren stattfänden. Über die Weiterentwicklung dieses Förderinstruments bis hin zu einem möglichen Promotionsrecht für Verbünde werde man in den nächsten Wochen und Monaten noch Gespräche mit den Hochschulen führen. Es würden aber auch weitere Hinweise Mitte Juni des Wissenschaftsrats zu Hessen und zu Nordrhein-Westfalen erwartet, die bislang einen anderen Weg eingeschlagen hätten.

Mit dem Hochschulzukunftsprogramm habe Rheinland-Pfalz zentrale Pfeiler für die zukunftsfähige Entwicklung seiner Hochschulen eingeschlagen. Er sehe die Empfehlungen weiterhin als eine gute Grundlage für die künftige Hochschulpolitik an. In den vergangenen zwei Jahren habe das Hochschulwesen natürlich vor allem im Zeichen der Bewältigung der Corona-Pandemie gestanden. Einige Themen des Hochschulzukunftsprogramms wie zum Beispiel ein übergreifendes Internationalisierungskonzept oder ein gemeinsames Studierenden-Marketing seien deshalb naturgemäß von den Hochschulen und dem zuständigen Wissenschaftsministerium zurückgestellt worden. Man werde jetzt aber sehr genau beobachten, ob sich aus der Pandemiezeit Verschiebungen ergeben hätten, wie Studierendenströme sich entwickelten.

Gleichzeitig habe sich eine ganz andere Ausgangslage im Studierverhalten und dem Studienalter durch die Digitalisierung von Hochschullehre als vor der Pandemie ergeben. Man werde also in den nächsten Wochen und Monaten sehr konsequent daran arbeiten und vor allem auch im kommenden Doppelhaushalt entsprechende Schwerpunkte setzen.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 7** der Tagesordnung:

**Gebührenfreiheit des Zweitstudiums**

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der FREIEN WÄHLER

- [Vorlage 18/1973](#) - [\[Link zum Vorgang\]](#)

**Abg. Dr. Herbert Drumm** führt aus, im „Zukunftsvertrag Rheinland-Pfalz – 2021 bis 2026“ auf Seite 89 sei festgelegt worden, dass die Zweitstudiengebühren abgeschafft werden sollten. Die Johannes Gutenberg-Universität hingegen habe am 24. Mai 2022 darüber informiert, dass sich die Studiengebühren aufgrund der Vorgaben des Landes ab dem Wintersemester 2022/2023 auf 700 Euro pro Semester erhöhen sollten. Er sei gespannt, wie diese Diskrepanz aufgelöst werde, und freue sich auf den Bericht der Landesregierung.

**Staatsminister Clemens Hoch** trägt vor, die Abschaffung der Zweitstudiengebühren wie auch einzelner anderer Änderungsbedarf im Hochschulgesetz werde die Landesregierung im Rahmen dieser Legislaturperiode in Änderungsgesetzen zum Hochschulgesetz umsetzen. Wahrscheinlich werde man auch das Gesetz zur Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer anpassen müssen und dies in einem größeren Paket durchführen.

Die Änderung der Landesverordnung gehe mit der Rechtsprechung einher, dass das Besondere Gebührenverzeichnis sukzessive angepasst werden müsse, und er sei im Übrigen froh, dass diese Gebührenerhöhung eher moderat ausgefallen sei. Im Rahmen der eigentlich mathematisch vorzunehmenden Vorgaben hätte die Gebührenerhöhung um 20,54 %, also auf 780 Euro, erfolgen müssen. Dies habe jedoch auf 7,7 % gedeckelt werden können, und dementsprechend habe das Land die Rechtslage nachvollzogen. Die weiteren Anpassungen und Umsetzungen aus dem Koalitionsvertrag erfolgten im Laufe der Legislatur.

**Abg. Dr. Herbert Drumm** stellt klar, die Fraktion der FREIEN WÄHLER halte die Zweitstudiengänge für sehr wichtig, zum einen im Hinblick auf das lebenslange Lernen und die Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit von Akademikern und zum anderen im Hinblick auf den Fachkräftemangel. Es sollte nicht so sein, dass jemand, der keine Lust mehr habe, nach dem Erststudium in einen Beruf einzutreten, ein Zweitstudium anschließen könne, sondern es müsse beschränkt werden auf sinnvolle Studiengänge.

Man befinde sich dazu im Einklang mit der Hochschulrektorenkonferenz, die Ähnliches in ihrer Stellungnahme zum BAföG gefordert habe. Von Interesse sei, ob die Erhöhung der Studiengebühren in Rheinland-Pfalz zum nächsten Wintersemester wirklich stattfinden werde.

Die FREIEN WÄHLER verträten die Auffassung, dass bei sinnvollen Zweitstudiengängen auch eine BAföG-Regelung getroffen werden müsse. Er wünscht zu erfahren, ob beabsichtigt sei, dass Rheinland-Pfalz aktiv etwas unternehmen werde, um eine solche Regelung zu erreichen.

Bei Wegfall der Studiengebühren würde sich auch die finanzielle Situation der Hochschulen – wenn vielleicht auch nur geringfügig – verschlechtern. Von Interesse sei daher, ob ein Ausgleich seitens des Landes geplant sei.

**Staatsminister Clemens Hoch** entgegnet, wenn der Vertreter der FREIEN WÄHLER von lebenslangem Lernen spreche, dann verstehe er darunter eher Weiterbildungsangebote. Er würde ungern zwischen sinnvollen Weiterbildungsangeboten und im Umkehrschluss vermeintlich sinnlosen Vollzeitstudiengängen im Zweitstudium unterscheiden wollen; aber die Erhöhung des Besonderen Gebührenverzeichnisses sei in Kraft getreten und entspreche auch der Rechtslage. Die Hochschulen müssten kostendeckend Gebühren erheben, solange es sie gebe.

Zum Zweiten strebe die Bundesregierung an, noch in dieser Legislaturperiode eine Novelle des BAföG umzusetzen, und dann werde man auch sehen, wie sie sich zu den verschiedenen Themen eines elternunabhängigen BAföG positionieren werde.

Über die Haushaltssituation der Hochschulen auch im Rahmen von gesetzlichen Änderungen werde man mit den Hochschulen sprechen müssen, wenn es auch im Gesetz verankert sei. Die Hochschulfinanzierung sei geprägt von sehr vielen verschiedenen Finanzierungssträngen; daher werde es keine singuläre Erklärung dazu geben können. Aber klar sei auch, dass die Hochschulen selbstverständlich diese Erwartungshaltung an das Land hätten.

**Abg. Dr. Herbert Drumm** stellt klar, es gehe den FREIEN WÄHLERN nicht um eine Weiterbildung, sondern um Akademiker, die aus irgendwelchen Gründen von Arbeitslosigkeit betroffen seien, während es auf der anderen Seite einen Fachkräftemangel gebe. An dieser Stelle mache ein Zweitstudium mit einem ganz anderen Ziel sehr wohl einen Sinn. Er nenne das Beispiel eines Lehrers, der aus verschiedenen Gründen mit dem Beruf nicht mehr zurechtkomme und wechseln wolle. In solchen Fällen sei ein Zweitstudium nach Auffassung seiner Fraktion durchaus sinnvoll und auch volkswirtschaftlich sehr wohl vertretbar.

**Staatsminister Clemens Hoch** entgegnet, nach den ihm bekannten Arbeitslosenstatistiken in Rheinland-Pfalz sei das Problem von langzeitarbeitslosen Akademikerinnen und Akademikern ein allenfalls untergeordnetes Problem.

**Staatsminister Clemens Hoch** sagt auf Bitte des **Abg. Dr. Herbert Drumm** zu, dem Ausschuss seinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

*Der Antrag ist erledigt.*

**Punkt 8** der Tagesordnung:

**Verschiedenes**

*Der Ausschuss beschließt, im Herbst 2023 eine Informationsfahrt nach Israel zu den Themen „Künstliche Intelligenz (KI)“ und „Biotechnologie“ durchzuführen.*

Mit einem Dank an die Anwesenden für ihre Mitarbeit schließt **Vors. Abg. Marion Schneid** die Sitzung.

**gez. Anja Geißler**  
**Protokollführerin**

**Anlage**

## Anlage

### In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete

Köbberling, Dr. Anna	SPD
Maier, Florian	SPD
Müller, Tamara	SPD
Rehak-Nitsche, Dr. Katrin	SPD
Simon, Anke	SPD
Reuber, Dr. Matthias	CDU
Schneid, Marion	CDU
Schreiner, Gerd	CDU
Heidbreder, Dr. Lea	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schmidt, Martin Louis	AfD
Fernis, Philipp	FDP
Drumm, Dr. Herbert	FREIE WÄHLER

### Für die Landesregierung

Hoch, Clemens	Minister für Wissenschaft und Gesundheit
---------------	--

### Landtagsverwaltung

Sprenger, Kai	Regierungsamtmann
Geißler, Anja	Regierungsrätin im Stenografischen Dienst (Protokollführerin)